

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 284 (2011)
Rubrik: Jahreschronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jahreschronik

(1. MAI 2009 BIS 30. APRIL 2010)

Umwelt

Am Klimagipfel in Bali von 2007 wurde die Unterzeichnung eines globalen Klimavertrages vereinbart, die für die Konferenz im Jahr 2009 vorgesehen war. In Kopenhagen begann die globale Klimakonferenz am 7. Dezember 2009 und dauerte zwei Wochen. 40 000 (!) Teilnehmer versammelten sich in der dänischen Hauptstadt. Bald zeigte sich, dass bei einer solchen Monsterkonferenz keine greifbaren Ergebnisse möglich sind. Die unzähligen Reden der Regierungsvertreter lobten die eigenen Verdienste beim Klimaschutz und orteten hauptsächlich anderswo Handlungsbedarf. Gleichzeitig buhlten viele Umweltorganisationen und Lobbygruppen mit Parolen und publizitätswirksamen Aktionen um Aufmerksamkeit. Im Weiteren hinderten prozedurale Fragen einen wirksamen Ablauf der gesamten Konferenz. Es konnte keine globale Vereinbarung unterzeichnet werden.

Das Wetter richtete im Berichtsjahr vielerorts enorme Schäden an. Die Schweiz wurde allerdings relativ wenig von grossen Schadenereignissen getroffen. Eine Ausnahme: Am 23. Juli zog ein schwerer Hagelsturm über unser Land und verursachte Schäden in dreistelliger Millionenhöhe. Der Winter war dann aber besonders lang, und während mehrerer Monate herrschten tiefe Temperaturen. Es fiel

immer wieder Schnee, und die Strassen waren vereist. Obschon die Vorräte von Salz erhöht wurden, reichten sie vielerorts kaum aus. Einige Klimaforscher vertraten die Ansicht, dass wegen der allgemeinen Erderwärmung in den Wintermonaten mehr Niederschläge fallen.



Doris Leuthard, Bundespräsidentin für das Jahr 2010
(Foto: Keystone)

Besonders hart traf es in diesem Winter die USA und Teile von Westeuropa. In den USA folgten sich mehrere Winterstürme. Sie trafen hauptsächlich den mittleren Westen und den Osten von Virginia bis hinauf nach Maine. Neben New York wurden auch die Städte Chicago, Philadelphia, Boston und Washington stark heimgesucht. Flughäfen mussten geschlossen werden, und auf den Strassen herrschte ein Chaos. Der Strom fiel in zigtausend Haushalten aus. In einigen Gebieten wurde der Notstand ausgerufen, und die Nationalgarde musste aktiviert werden.

In Westeuropa meldeten mehrere Länder grosse Schäden an. Allein in Deutschland rechnen die Kommunen mit Schäden nur an Strassen von ca. 2,5 Mrd. Euro.

Neben vielen anderen Winterstürmen sei hier der Orkan «Xynthia» erwähnt. Vom 26. bis 28. Februar wütete er von der Iberischen Halbinsel über Frankreich, die Beneluxstaaten, Deutschland bis Südschweden. Am stärksten traf es den Norden Portugals, Galizien, das Baskenland, die französische Atlantikküste sowie Teile Deutschlands. Als höchste Wind-



Orkan Xynthia richtet in Europa grosse Schäden an.
(Foto: Keystone)



Ein Vulkanausbruch in Island legt Europas Luftfahrt lahm. (Foto: Keystone)

geschwindigkeit wurden in den Pyrenäen 238 km/h gemessen. Insgesamt fielen dem Orkan 65 Menschen zum Opfer. Am meisten Leute kamen in den französischen Atlantikdepartementen Vendée und Charente-Maritime um. Einige Ortschaften wurden überflutet, nachdem die Deiche brachen. Allein aus Frankreich wurden 53 Todesopfer gemeldet.

Im April brach der Vulkan Eyjafjallajökull auf Island aus. Er stiess eine riesige Dampf- und Aschewolke aus, die bis 11 000 m hoch war. Die Aschewolke erreichte bald Europa. Die Behörden mussten den Flugverkehr in vielen Ländern untersagen. Neben Skandinavien, Irland, Grossbritannien, Benelux, Deutschland, Frankreich betraf es auch die Schweiz. Mit der Sperrung des Luftraums wurde die Verletzlichkeit unserer mobilitätsgewohnten Gesellschaft vor Augen geführt. Insgesamt fielen etwa 200 000 Flüge von oder nach diesem Raum aus. Bei der Swiss betraf dies 1885 Flüge und 202 184 Passagiere. Neben den Tausenden von Reisenden, die ihren Zielort nicht wunschgemäss erreichen konnten, wurde auch der Frachtverkehr erheblich gestört.

Im Golf von Mexiko explodierte die Bohrin- sel «Deepwater Horizon» am 21. April und sank am folgenden Tag. Anfänglich flossen ca. 160 000 Liter Rohöl durch ein Leck. Später wurde ein weiteres Leck geortet, und die Menge ausfliessenden Rohöls erhöhte sich. Die

Unglücksstelle befindet sich 80 km vor der Küste des Mississippi-deltas im Staate Louisiana. Ein riesiger Ölteppich bedroht das ganze Gebiet. Die Behörden erklärten den nationalen Notstand und setzen alles daran, der Ölpest Herr zu werden.

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Folgen der weltweiten Finanzkrise von 2008 sind noch nicht bewältigt. Auf die Finanzkrise folgte die Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen im Berichtsjahr sehr stark spürbar waren und bestimmt noch während einer längeren Periode anhalten werden.

In der Schweiz zeigen sich die Folgen in erhöhter Arbeitslosigkeit und in Firmenkonkursen. Zwar musste im laufenden Jahr keine grosse – national bekannte – Firma Insolvenz anmelden, jedoch kämpfen mehrere tausend Unternehmen um ihr Überleben. In exportorientierten Firmen ist seit längerer Zeit Kurzarbeit angesagt. Der Bundesrat hat auch die Bezugsdauer für Kurzarbeitsentschädigung von 18 auf 24 Monate ausgedehnt. Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Dezember auf 118 762 Menschen, seit mehr als zwei Jahren die höchste Zahl. Gegen Ende 2009 wurde von einigen Analytikern eine langsame Erholung der schweizerischen Wirtschaft vorausgesagt.

Trotzdem bleiben die Aussichten sehr unsicher, da unsere Wirtschaft eng mit den globalen Entwicklungen verbunden ist. Das zeigte sich Anfang 2010 sehr deutlich mit der Finanzkrise in Griechenland. Die Griechen sind im Euro-Verband. Dadurch können sie ihre Währung nicht mehr abwerten, um sie den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen. Seit Jahren lebten sie über ihre Verhältnissen. Die Staatsverschuldung stieg auf ungeahnte Höhen und macht es ihnen immer schwieriger, zu annehmbaren Konditionen Anleihen aufzunehmen. Mit den griechischen Finanzproblemen geriet der Euro stark unter Druck und verlor innert kurzer Zeit ca. 15% seines Wertes. Da unsere Wirtschaft über 60% der Exporte in den Euroraum tätigt, fallen diese Erlöse entsprechend niedriger aus.

Aus der globalen Wirtschaftskrise sei, neben anderen unzähligen Opfern, das Beispiel von GM, General Motors Corporation, mit Sitz in

den USA erwähnt. Die GM war ein unglaublich grosser Konzern, der weltweit tätig ist und als schier unantastbar galt. Über viele Jahre hinweg war dies auch der grösste Automobilhersteller der Welt, bevor er im letzten Jahr von Toyota aus Japan überholt wurde. GM hat die Entwicklung auf dem Automarkt verschlafen, indem sie immer noch an ihren benzinschluckenden grossen Wagen festhielt. Am 1. Juni musste die GM Konkurs anmelden und beantragte mit Bezug auf Chapter 11 der amerikanischen Gesetzgebung Gläubigerschutz. In enger Zusammenarbeit mit der Regierung wurde dieser Konkurs abgewickelt. Nachdem GM von der Regierung bereits 19,4 Mrd. Dollar Nothilfe erhalten hatte, schoss der Staat nun nochmals 30 Mrd. Dollar ein. Der Besitz der Firma ging damit weitgehend an den Staat über. Dieser ist heute ihr grösster Aktionär. In Zukunft werden nur noch die Marken Chevrolet, Cadillac, Buick und GMC in den USA gebaut. Die Marken Pontiac, Oldsmobile, Saturn und Hummer werden eingestellt oder verkauft. Die Redimensionierung ist verbunden mit der Schliessung von unzähligen Fabriken und Verkaufsstellen; entsprechend steigen die Arbeitslosenzahlen. In den USA wird die 10%-Marke der Arbeitslosen überschritten. Die europäischen Marken von GM waren ursprünglich alle für den Verkauf oder die Schliessung vorgesehen. Um Opel und die verbundene britische Marke Vauxhall entsteht ein beispielloses Hin- und Her. Dabei geht es um gesamthaft 50 000 Arbeitsplätze in ganz Europa. Aus diesem Grund wird auch die Politik eingeschaltet. In einem ersten Schritt wird die Adam Opel GmbH verselbstständigt und erhält vom Mutterkonzern ihre Markenrechte. Dann wird ein Bieterwettbewerb eröffnet. Neben Magna (einem kanadischen Zulieferunternehmen) bieten auch RHJ (ein amerikanischer Finanzinvestor), Fiat (Italien) und BAJC (ein chinesisches Unternehmen) zeigen ebenfalls Interesse. Die beiden Letzteren ziehen sich allerdings früh zurück. Deutschland – die Politik und die deutschen Arbeitnehmer – unterstützen sehr stark einen Verkauf an Magna. Diese wiederum ist für die geplante Transaktion mit der russischen Sberbank verbunden. Insgesamt will



General Motors wird Opfer der Wirtschaftskrise.
(Foto: Keystone)

sich Deutschland mit einem Kredit von 1,5 Mrd. Euro und einer weiteren Bürgschaft von 3 Mrd. Euro engagieren. Zum Unmut der Beteiligten schaltet sich die Europäische Wettbewerbskommission ein und verlangt Auskünfte über eventuell unzulässige Staatshilfen. Sie will sicherstellen, dass genehmigte Hilfen allen Interessenten zur Verfügung stehen. Obschon die Transaktion fast unterschriftsreif ist, gibt am 3. November der Verwaltungsrat der GM bekannt, dass er auf den Verkauf verzichtet und die Adam Opel GmbH selbst sanieren will. In Deutschland ist man empört, hat sich doch die Bundeskanzlerin Angela Merkel sehr engagiert, indem man dem Konzern bereits 1,5 Mrd. Euro Übergangskredit gewährt hat. GM verpflichtet sich, diesen Kredit bis zum 24. November zurückzuzahlen. GM setzt den Briten Nick Reilly, der als harter Sanierer bekannt ist, als neuen CEO ein.

Politik

Schweiz

Eidgenossenschaft

Bei der eidgenössischen Volksabstimmung vom 17. Mai kamen zwei Vorlagen vor das Volk. Während der Bundesbeschluss über die Zukunft der Komplementärmedizin mit 67% Ja-Stimmen und von allen Ständen angenommen wurde, hatte die zweite Vorlage wesentlich mehr Mühe. Dabei handelte es sich um die Übernahme der EU-Verordnung über die biometrischen Pässe im Rahmen des Schengen-Abkommens, zu dessen Raum wir nun gehören. Die Vorlage wurde von links aus Datenschutzgründen und von rechts aus konservativen Gründen bekämpft. Sie wurde ganz knapp mit 953 136 Ja-Stimmen (50,1%) gegen 947 632 Nein-Stimmen (49,9%) angenommen.

Nach über elf Jahren als Bundesrat gab Pascal Couchepin im Juni seinen Rücktritt aus der Landesregierung per Ende Oktober 2009 bekannt. Bis 2003 war er Vorsteher der Volkswirtschaft und wechselte zum Departement des In-

neren, das er bis zu seinem Rücktritt führte. Zweimal war er Bundespräsident. Der Walliser war bekannt für seine etwas überhebliche Art.

Bundespräsident Hans-Rudolf Merz erlebt ein durchzogenes Jahr. Ein Tiefpunkt ist sicher die «Libyen-Affäre». Am 20. August fliegt er auf Eigeninitiative nach Libyen und unterzeichnet dort einen Vertrag zur Normalisierung der Beziehungen der beiden Länder. Hauptsächlich sollen zwei Schweizer, die seit über einem Jahr in Libyen zurückgehalten werden, freikommen. Die Schweiz soll sich für die «ungebührliche und unnötige» Verhaftung des ältesten Sohnes des Diktators Ghadhafi im Juli 2008 in Genf entschuldigen. Ein Schiedsgericht in London soll über das Vorgehen der Genfer Behörden entscheiden. Der Diktator Ghadhafi spielt aber nur mit der Schweiz und hält sich nicht an das Abkommen. Die beiden Schweizer kommen nicht frei. Sie werden nun sogar wegen Steuer- und Visa-Vergehen angeklagt. Nach der Verurteilung zu 16 Monaten Haft wird im Februar diese Strafe für Max Göldi auf vier Monate Haft reduziert. Die andere Geisel Rachid Hamani durfte nach Tunesien ausreisen. Das Dossier wird von der Aussenministerin übernommen.

Die Bundesversammlung wählt als Nachfolger von Pascal Couchepin am 16. September den Neuenburger Didier Burkhalter (FDP). Er übernimmt von seinem Vorgänger das Departement des Inneren. Didier Burkhalter wurde am 17. April 1960 geboren, ist mit einer Vorarlbergerin verheiratet und hat drei Söhne.

Von seiner Berufsausbildung her ist er diplomierter Ökonom. Aber seit 1991 ist er Berufspolitiker. Damals wurde er in die Stadtregierung von Neuenburg gewählt. Auf Bundesebene begann seine Karriere im Herbst 2003 mit der Wahl in den Nationalrat. Seit November 2007 vertrat er seinen Kanton im Ständerat. Während der Zeit im Bundesparlament zeigten seine Vorstösse grosses Interesse an einer Regierungsreform, der inneren Sicherheit und einer besseren Ausbildung in der Bundesverwaltung. Ihm geht der Ruf voraus, ein zielgerichteter Konsenspolitiker mit viel Stehvermögen zu sein. Dabei betreibt er erfolgreich Politik ohne grosses Spektakel.



Didier Burkhalter, seit 16. September 2009
neuer Bundesrat (Foto: Keystone)

Am 27. September kamen wiederum zwei Vorlagen zur Volksabstimmung, und wie im Mai war eine der Vorlagen stark umstritten. Dabei ging es um die auf sieben Jahre befristete Anhebung des Normalsteuersatzes der Mehrwertsteuer um 0,4% als Zusatzfinanzierung, um die Schulden der Invalidenversicherung (IV) abzubauen. Gleichzeitig wurde die Verkopplung von AHV und IV aufgehoben. Damit ist in Zukunft die AHV nicht mehr für Schulden der IV zuständig. Die Vorlage wurde schliesslich mit 54,5% Ja- gegen 45,5% Neinstimmen akzeptiert. Die Stände mussten ebenfalls zustimmen, und das ging mit 12:11 sehr knapp aus. Der neue Normalsteuersatz der MWST wird ab 2011 auf 8% zu stehen kommen.

Die zweite Vorlage über den Verzicht auf die allgemeine Volksinitiative passierte problemlos mit 67,9% Ja- gegen 32,1% Neinstimmen. Alle Stände stimmten der Vorlage zu.

Im Verlaufe des Jahres entsteht ein grosser Wirbel um die sogenannte «Schweinegrippe», die vom H1N1-Virus ausgelöst wird. Die WHO (Weltgesundheitsorganisation) hat die Schweinegrippe als Pandemie deklariert. Ausgehend von Mexiko hat sie sich in weiteren Ländern ausgebreitet. In der Schweiz warnen alle Medien, und die Behörden tragen das Ihre dazu bei. Sie rufen zu einer grossen Impfkaktion auf und machen auf Schutzvorkehrungen aufmerksam. Die Schweiz bestellte insgesamt 13 Mio. Dosen des Impfstoffes bei zwei Pharmaunter-

nehmen. Dafür bewilligte das Parlament einen Kredit von 84 Mio. Die Grippewelle erreichte zwar die Schweiz, aber die Auswirkungen waren sehr gering. Viele Bürger lehnten die Impfung ab. Selbst Kinder und andere Risikogruppen wurden nur wenig geimpft. Bei der Verteilung der Impfdosen kam es zudem zu grossen Schwierigkeiten, indem zum Teil zu viel oder zu wenig vorhanden war. Von den 13 Mio. Dosen wird ein Grossteil anderen Ländern überlassen. Das Bundesamt für Gesundheit geriet unter erheblichen Druck.

Fast unbeachtet fällt im Oktober ein für die Zukunft wichtiger Entscheid zwischen den Elektrizitätswerken und der Telekombranche. Sie werden gemeinsam Glasfasernetze errichten. Diese beruhen auf einheitlicher Technik. Alle Haushalte werden mit vier Fasern ausgerüstet.

Am 29. November stimmt das Schweizervolk über drei Vorlagen ab. Die Vorlage über den Bundesbeschluss für eine «Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr» wird mit 65% Jastimmen und von allen Ständen angenommen. – Die Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» wird mit 68,2% Neinstimmen und von allen Ständen verworfen.

Als grosse Überraschung gilt die Annahme der Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten». Insgesamt stimmen 1 534 054 (57,5%) mit Ja und 1 135 108 (42,5%) mit Nein. 19½ der Stände stimmen zu und nur 3½ Stände dagegen. Die Stimmbeteiligung betrug 53,4%. Alle Umfragen im Vorfeld der Abstimmung liessen eine Ablehnung der Initiative erwarten. In der Schweiz leben etwa 300 000 Muslime. Sie verfügen über ca. 160 Gebetshäuser; nur vier davon verfügen über ein Minarett. Ausgelöst wurde der Streit durch Baugesuche für Minarette in Wangen bei Olten, Langenthal, Wil SG und Bern. Konservative Kreise lehnten sich dagegen auf, und der Streit eskalierte bis zur Lancierung der Initiative. Die Initianten waren Vertreter der SVP und EDU. Sie argumentierten, dass das Minarett ein religiös-politisches Machtsymbol des Islams darstelle und dann auch der Muezzinruf bald zuzulassen sein würde. Die übrigen Parteien wie kirchliche

Vertreter lehnten die Initiative ab. Ihre Argumente basierten hauptsächlich auf den verfassungsmässigen Grundrechten über Religions- und Meinungsfreiheit. Sie sahen auch den Frieden unter den verschiedenen Völkergruppen unseres Landes in Gefahr. Es entstand eine Diskussion über die Rangordnung und Wichtigkeit der verschiedenen Rechte. Ist das Staatsrecht vor dem Völkerrecht einzuordnen? Der Text der Initiative scheint gegen das Völkerrecht zu verstossen. Allerdings sind im Völkerrecht viele Interpretationen möglich, und sie werden unterschiedlich angewendet. – Eine weitere Kontroverse entstand um das Plakat der SVP für die Initiative. Auf dem Grund eines Schweizerkreuzes wurden schwarze Minarette, die die Form von Raketen hatten, gezeigt. In einigen Kantonen wurde das Aufhängen des Plakates verboten. Damit entstand sofort eine Diskussion über die Meinungsfreiheit.

Als neue Bundespräsidentin wählt die Vereinigte Bundesversammlung die Aargauerin Doris Leuthard (CVP). Die 1963 geborene Rechtsanwältin weist eine steile politische Karriere auf. Im Jahr 1999 wurde sie in den Nationalrat und 2006 in den Bundesrat gewählt. Da der Nationalrat gegenwärtig von Pascale Bruderer (SP) und der Ständerat von Erika Forster-Vannini (FDP) präsi diert wird, sind erstmals in

der Geschichte der Schweiz die drei höchsten Ämter im Staat von Frauen besetzt.

Im Kernforschungszentrum CERN bei Genf wird im November der Large Hadron Collider (LHC) nach 14 Monaten Unterbruch wieder in Betrieb genommen. Im Frühjahr darauf gelingt den Forschern erstmals eine Neutronenkollision bei hoher Geschwindigkeit. Aus diesen Kollisionen erhoffen sich die Forscher neue Erkenntnisse über die Entstehung der Erde.

Kanton Bern

Finanzdirektor Urs Gasche (BDP) gibt Anfang August bekannt, dass er bei den Wahlen im Frühjahr 2010 nicht mehr kandidieren wird. Damit eröffnet er eine spannende Nachfolgeausgangslage mit der wichtigen Frage, ob es der BDP gelingen wird, ihren Sitz zu behalten, oder ob die SVP den verlorenen Sitz zurückholen kann. Tatsächlich machte bei den kantonalen Wahlen am 28. März Beatrice Simon von der BDP das Rennen.

Die wieder antretenden Regierungsräte wurden alle wieder gewählt. Somit bleibt die kantonale Regierung rot-grün. Das beste Resultat erzielte der Grüne Bernhard Pulver mit 110 744 Stimmen.

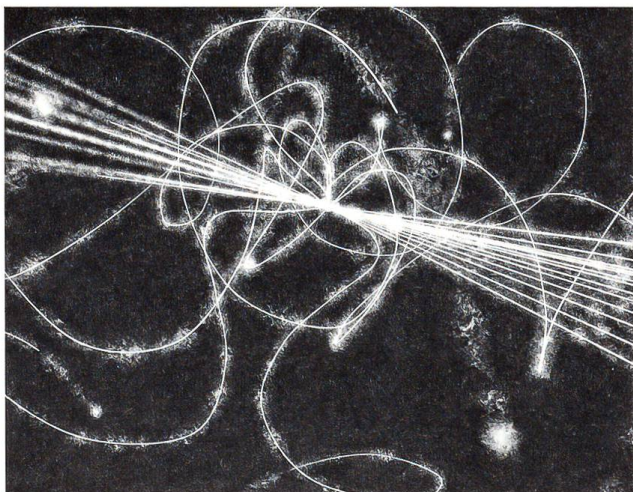


Bild aus dem Kernforschungszentrum Cern
(Foto: Keystone)



Der Berner Regierungsrat mit zweiter Dame
(Foto: Keystone).

Im Grossen Rat war man ebenfalls gespannt auf die Auseinandersetzung zwischen der SVP und der abgespaltenen BDP. Der BDP gelang es, auf Anhieb 25 Sitze zu erreichen. Die SVP verlor nur geringfügig (minus 3 Sitze) und bleibt mit 44 Sitzen weiterhin die grösste Partei. Grosse Verliererinnen waren die FDP, minus 11 Sitze, und die SP, minus 7 Sitze. Die FDP belegt nun nur noch einen Sitz mehr als die Grünen.

Nach jahrelangem Tauziehen zwischen den Behörden und Franz Messerli werden am 19. September die Autowracks des berühmt/berüchtigten Autofriedhofs von Kaufdorf im Gürbetal teilweise versteigert oder als Schrott entsorgt.

Im Diemtigtal ereignete sich am 3. Januar ein schweres Lawinenunglück, das schliesslich sieben Tote forderte. Tourenfahrer hatten ein Schneebrett ausgelöst. Bei den nachfolgenden Rettungsarbeiten löste sich ein weiteres Schneebrett. Dabei wurde erstmals auch ein Rega-Arzt der Rettungskräfte tödlich verletzt.

Bern Stadt

Der «Bund», das ehemalige Flaggschiff der Berner Zeitungen, hatte in den letzten Jahren verschiedene Rückschläge zu verkraften. Am 14. Mai wird bekannt, dass er in Zukunft in Kooperation mit dem Zürcher «Tagesanzeiger» erscheinen wird. In Bern werden weitere 20 Stellen abgebaut.

Bei seinem ersten Staatsbesuch, im September, übergeben der russische Präsident Dimitri Medwedew und seine Gattin Swetlana der Stadt die beiden Jungbären Mischa und Mascha als Geschenk für den Tierpark Dählhölzli.

Am 25. Oktober wird Berns neuer Bärenpark eröffnet. Die Bären, Wappentier, Werbe- und Sympathieträger der Stadt, sollen es im neuen, tiergerechten Park besser haben als im mehr als 150 Jahre alten Bärengaben (seit 1857). Künftig sollen die Tiere im Park oberhalb der Nydeggbücke, der mit der bisherigen Anlage verbunden ist, wie echte Bären leben können – klettern, graben und nach Fischen jagen. Die



Der neue Bärenpark und seine Bewohner üben eine gewaltige Anziehungskraft aus. (Foto: Claude Badertscher)

Freude über den neuen Park ist jedoch getrübt durch ein finanzielles Desaster. Ursprünglich sollte der Park 9,7 Mio. kosten. Später wurde der Betrag auf 14,5 Mio. aufgestockt. Nun wurde bekannt, dass die Anlage 23,6 Mio. kosten wird. Die Mehrkosten gehen hauptsächlich auf die problematische Lage am Hang zur Aare zurück. Derartige Mehrkosten sind inakzeptabel. Die Behörden haben eine Administrativuntersuchung angeordnet. Ursprünglich sollte der neue Park ganz aus Sponsorengeldern finanziert werden.

Am 21. November kommt es zu einem bedauerlichen Unfall im Bärenpark. Ein geistig behinderter Mann steigt in das Gehege und wird vom Bären Finn angegriffen und verletzt. Der Bär wird angeschossen, aber er überlebt.

International

Europa

Europäische Union (EU)

Das Parlament der Europäischen Union wurde am 7. Juni neu bestellt. Dabei haben die



Die Britin Catherine Ashton, Aussenministerin Europas (Foto: Keystone)

Bürgerlichen ihre Vormachtstellung ausgebaut. Schlappen erlitten die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten, die französischen Sozialisten und die englischen Labours. Interessant ist, dass die Wahlbeteiligung weiterhin sank, obschon das Europäische Parlament immer weiter gehende Kompetenzen erhält.

Im zweiten Anlauf nimmt das irische Stimmvolk den EU-Reformvertrag mit 67,1%

Jastimmen an. Nach der Ratifizierung durch Polen und Tschechien wird der Vertrag am 1. Dezember in Kraft gesetzt. Vorher hatten sich die EU-Staats- und Regierungschefs auf die Besetzung der neuen Spitzenpositionen zu einigen, die der Vertrag vorsieht. Der Belgier Hermann Van Rompuy wird Präsident der EU. Die Britin Catherine Ashton übernimmt das Amt der neuen Aussenministerin.

BRD

Im Mai wird der Amtsinhaber Horst Köhler (CDU) für eine zweite Amtszeit als deutscher Staatspräsident gewählt. Horst Köhler gewinnt bereits im ersten Wahlgang gegen die SPD-Kandidatin Gesine Schwan.

Bei den Bundestagswahlen kommt es zu einem Machtwechsel. Die bisherige grosse Koalition von CDU/CSU und SPD unter Bundeskanzlerin Merkel wird abgelöst von einer

schwarz-gelben Regierung der Unionsparteien und der FDP. Angela Merkel bleibt Kanzlerin. Die FDP erhält fünf Ministerposten, die CSU deren drei. Die übrigen werden von der CDU besetzt. Während sich die Unionsparteien knapp behaupten können, taucht die SPD dramatisch. Hauptgewinner sind die kleinen Parteien, unter denen die Liberalen mit fast 15% auffallen.

Griechenland

Bei den Parlamentswahlen im Oktober erringt die PASOK (Panhellenische Sozialistische Bewegung) einen triumphalen Sieg. Neuer Ministerpräsident wird der 57-jährige Giorgos Papandreou. Das Land befindet sich in grossen finanziellen Schwierigkeiten, und die Regierung muss kurz nach Antritt drastische Sparmassnahmen vornehmen, die wiederum zu vielen Protesten und Ausschreitungen führen. Angesichts der horrenden Staatsschulden und der erneuten Neuverschuldung 2009 von über 13% muss die Regierung Ende April die Hilfe der übrigen Euroländer und des IMF offiziell anfordern, was mit noch strengeren Sparmassnahmen verbunden sein wird.



Athen: Streik gegen die Sparmassnahmen der Regierung (Foto: Keystone)

Ukraine

Bei den Wahlen im Januar siegt Wiktor Janukowitsch gegen Julia Timoschenko. Er wird neuer Präsident. Damit nähert sich die Ukraine wieder mehr Russland an. Das wird bald bestätigt mit einem langfristigen Vertrag für verbilligte Gaslieferungen von Russland. Als Gegenleistung dürfen die Russen ihre Schwarzmeerflotte in der Ukraine, auf der Halbinsel Krim, stationieren.

Polen

Am 10. April ereignete sich ein folgenschwerer Flugunfall bei Smolensk in Russland. Die Regierungsmaschine von Polen, eine Tupolew 154, stürzte beim Landeanflug auf den Militärflughafen von Smolensk-Nord ab. An Bord befanden sich insgesamt 97 Menschen, die alle umkamen. Darunter waren insbesondere das polnische Präsidentenpaar Lech und Maria Kaczynski, hochrangige Repräsentanten des Landes, führende Politiker sowie Angehörige und Hinterbliebene von Todesopfern des Massakers von Katyn. Ziel des Fluges war eine Gedenkfeier zum 70. Jahrestag des Massakers von Katyn, bei welchem ungefähr 7000 polnische Offiziere und Intellektuelle umgebracht wurden.

Naher und mittlerer Osten

Israel/Palästina

Im Konflikt zwischen diesen beiden Kontrahenten zeichnete sich in diesem Jahr keine Einigung ab. Im Gegenteil: Die neue israelische Regierung unter der Leitung von Benjamin Netanjahu beschloss mehrere neue Siedlungsprojekte. Israel zeigt sich nach vielen internationalen Protesten unbeeindruckt und verfolgt weiterhin diese Politik, die eine Lösung des Konflikts immer wieder hinausschiebt.

Libanon

Anfang Juni fanden in Libanon richtungsweisende Parlamentswahlen statt. Einerseits versuchte die Hisbollah, die herrschende Machtteilung aufzubrechen, und andererseits wollte der ehemalige christliche Ex-General Aoun, der mit der Hisbollah zusammenging, daran teilhaben. Das Projekt misslingt, indem die Allianz von Saad Hariri die Parlamentsmehrheit erfolgreich verteidigte.

Iran

Bei den Präsidentschaftswahlen im Juni kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Der Amtsinhaber Ahmadinejad wurde zwar für eine zweite Amtszeit bestätigt. Die Gegner von Ahmadinejad und Anhänger seines Widersachers, Mir Hussein Moussavi, beharrten auf der Aussage, dass es zu erheblichen Unregelmäßigkeiten gekommen sei. In Teheran und andern Städten kam es zu Demonstrationen und heftigen Tumulten. Das Regime ging sehr hart gegen die Demonstranten vor, und es gab zahlreiche Tote und Verhaftungen. Gleichzeitig wurde der Internetverkehr stark eingeschränkt und die Presse in ihrer Arbeit behindert. Die Spaltung im iranischen Regime tritt zwischen den «Prinzipialisten» und den «Reformern» zutage.

Nord- und Südamerika

USA

Die USA heimsen die meisten Nobelpreise in diesem Jahr ein. Aufsehen erregt die Vergabe des Friedensnobelpreises. Er wird dem erst in das Amt gewählten Präsidenten der USA, Barack Obama, zugesprochen. Diese Ehrung beruht mehr auf seinen Aussagen als auf den erzielten Erfolgen.

Nach langem Ringen gelingt es Barack Obama, endlich eine Gesundheitsreform im Kongress und Senat durchzubringen. Damit



Arge Verwüstungen durch Erdbeben in Haiti und Chile
(Foto: Keystone)

sollen über 40 Mio. US-Amerikaner in den Genuss einer Krankenversicherung gelangen, von der sie bisher ausgeschlossen waren.

Haiti

Am 12. Januar ereignete sich in Haiti ein grosses Erdbeben. Es wurde auf der Richterskala ein Ausschlag von 7,0 gemessen. Obwohl das wesentlich schwächer ist als das spätere Beben in Chile, waren die Folgen viel grösser. Das Epizentrum lag nahe der Hauptstadt Port-au-Prince, die stark zerstört wurde. Offiziell gaben die Behörden 212 000 Todesopfer bekannt, wobei die noch nicht geborgenen und die privat bestatteten Toten nicht inbegriffen sind. Man schätzt, dass über 300 000 Menschen starben. Ebenso viele wurden verletzt und über 1,2 Mio. obdachlos.

Chile

Am 27. Februar ereignete sich in Chile ein schweres Erdbeben. Auf der Richterskala wies es eine Stärke von 8,8 aus. Damit war es erheblich schwerer als dasjenige von Haiti und ist

das fünftstärkste Beben der letzten 50 Jahre in diesem Land. Dem Beben folgte ein Tsunami, der hauptsächlich die Küstenregionen von Chile heimsuchte. Das Epizentrum lag etwa 100 km von der Stadt Concepción entfernt. Das Beben forderte 342 Menschenleben, die meisten durch den Tsunami in der Küstenregion. Gegenüber den relativ wenigen Menschenopfern sind die Schäden an der Infrastruktur und den Häusern enorm. Strassen wurden unterbrochen, Strom- und Kommunikationsnetze brachen zusammen, und der internationale Flughafen in Santiago musste für mehrere Tage geschlossen werden.

Asien

Afghanistan

In Afghanistan fand am 20. August die Präsidentenwahl statt. Die Wahl stand unter einem unguten Stern. Da keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreichte, sollte nach der Verfassung eine Stichwahl unter den zwei Bestplatzierten erfolgen. Der an zweiter Stelle stehende frühere Aussenminister Abdullah Abdullah zog sich von dieser Stichwahl zurück. Grund waren die erheblichen Wahlfälschungen zugunsten des amtierenden Präsidenten im ersten Umgang. Die Wahlkommission, vom amtierenden Präsidenten eingesetzt, proklamierte darauf den Amtsinhaber Hamid Karzai zum gewählten Präsidenten. In den Augen der meisten Afghanen hat Karzai durch das unwürdige Wahltheater aber weiter an Ansehen eingebüsst.

Sri Lanka

Am 17. Mai geben die tamilischen Rebellen der Liberation Tigers of Tamil (LTTE) nach gnadenlosen Kämpfen um die letzten Quadratkilometer unter ihrer Herrschaft auf. Die sri-lankische Regierung verkündet den Sieg der Armee und das Ende des jahrelangen Bürgerkrieges. Die gesamte Führungstruppe der LTTE kommt ums Leben. Die Regierungstruppen

schonten bei diesem letzten Kampf die Zivilbevölkerung in keiner Art und Weise. Man schätzt, dass etwa 7000 Menschen bei den heftigen Kämpfen ums Leben kamen.

Nordkorea

Im Mai fanden in Nordkorea mehrere Atom-bomben- und Raketentests statt. Sie wurden vom UNO-Sicherheitsrat einhellig verurteilt. Nach dieser Verurteilung und der Androhung von verschärften Sanktionen reagierte Nordkorea mit der Ankündigung, dass es sich nicht mehr an das Waffenstillstandsabkommen vom Juni 1953 gebunden fühle und einen gewaltigen Kriegsschlag gegen seine Gegner, sprich Südkorea, ausüben werde, sollten diese die Interessen von Nordkorea verletzen.

Sport

Der FC Barcelona gewinnt am 26. Mai in Rom die «Champions League» mit 2:0. Gegner war der englische Klub Manchester United.

Roger Federer gewinnt am 7. Juni zum ersten Mal (und im vierten Anlauf) das «French Open»-Tennis-Turnier in Paris. Er besiegt den Schweden Robin Söderling in drei Sätzen. Von den Grand-Slam-Turnieren ist es das einzige, das in seinem Palmarès bisher noch fehlte. Es ist sein 14. Grand-Slam-Erfolg in seiner Karriere. Federer hat damit mit Pete Sampras, dem bisherigen alleinigen Rekordinhaber, gleichgezogen. – Im Juli trägt er gegen Andy Roddick seinen 6. Sieg in Wimbledon davon. Damit wird er alleiniger Rekordinhaber und erobert gleichzeitig die Führung in der Weltrangliste vom Spanier Rafael Nadal zurück. In Januar doppelt er nach mit seinem vierten Gewinn des «Australian Open» in Melbourne.

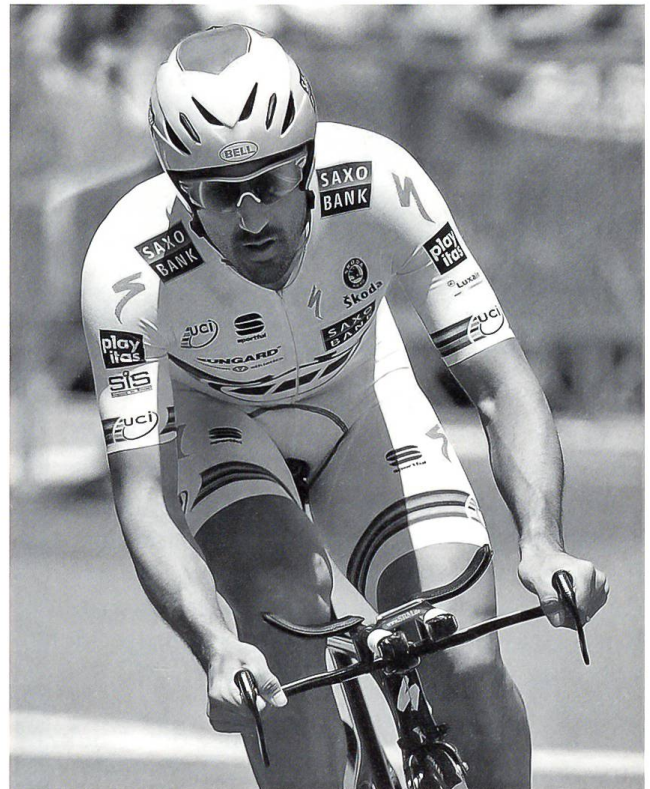
Am 21. Juni gewinnt der Berner Fabian Cancellara die Tour de Suisse im abschliessenden Zeitfahren bei Bern überlegen. Es ist nach sieben Jahren wieder der Sieg eines Schweizers. Im September folgt ein weiterer Titel: An der Weltmeisterschaft in Mendrisio gewinnt er das

Strassenrennen. 2010 gewinnt er die «Tour of Oman», dann die Klassiker: «Flandernrundfahrt» und nur eine Woche später «Paris–Roubaix».

An den Weltmeisterschaften der Leichtathleten in Berlin stellt der Jamaikaner Usain Bolt einen kaum für möglich gehaltenen Weltrekord im Sprint über 100 m mit 9,58 Sekunden auf. Einige Tage später pulverisiert er auch den Weltrekord über 200 m mit 19,19 Sekunden.

Am 14. Oktober qualifizierte sich in Basel die schweizerische Fussball-Nationalmannschaft mit einem 0:0 gegen Israel als Erste ihrer Gruppe für die Teilnahme an der Fussballweltmeisterschaft in Südafrika im Jahr 2010.

Im Motorrennsport ereigneten sich in diesem Jahr umwälzende Ereignisse. Etablierte Rennställe wie Ferrari, McLaren-Mercedes und BMW-Sauber rangierten nur in den hinteren Rängen, obschon sie sich als Titelanwärter



Gleich mehrere Siege holte sich der Berner Radfahrer Fabian Cancellara. (Foto: Keystone)



Der Skispringer Simon Ammann im Glück
(Foto: Keystone)

sahen. Regeländerungen bewirkten diesen Umsturz. Vor der Saison zog sich Honda aus dem Renngeschäft zurück. Aus dem verlassenen Rennstall von Honda machte der Konstrukteur Ross Brawn ein Siegerteam. Es holte sich – vorzeitig – den Konstrukteurstitel. Mit Jenson Button wurde ein Fahrer dieses Teams Weltmeister. – BMW gab im Sommer den Rückzug aus dem deutsch-schweizerischen Rennstall von BMW-Sauber auf die nächste Saison bekannt. BMW gibt als Begründung an, dass man

einen Strategiewechsel vornimmt und in Zukunft neue nachhaltige Antriebstechniken anstrebe. Peter Sauber entschliesst sich, den Rennstall alleine weiterzuführen. Bis jetzt ohne grossen Erfolg.

Die Luzernerin Ariella Kaeslin etablierte sich an den Weltmeisterschaften in London als beste Turnerin der Schweiz aller Zeiten. Im Mehrkampf errang sie mit dem 8. Platz ein Diplom. Die Krönung schuf sie dann mit der Silbermedaille im Pferdsprung. Es ist ihre Parade-disziplin. Solche Spitzenresultate wurden noch nie von einer Schweizerin erreicht.

Mitte November gelang der U-17-Auswahl des Schweizerischen Fussballverbandes ein aussergewöhnlicher Erfolg im Juniorenfussball. Sie wurde an den Weltmeisterschaften der FIFA in Nigeria Weltmeister. Die Schweiz ist im internationalen Vergleich keine Fussballmacht (und wird es auch jetzt nicht werden). Dies ist der erste Weltmeistertitel des Schweizerischen Verbandes in seinem 115-jährigen Bestehen. Die Auswahl stahl ihren Titel keineswegs. In den vorangegangenen Spielen schlugen sie fussballerische Grossmächte wie Brasilien, Deutschland und Italien. Im Final standen sie Nigeria gegenüber, das im Heimatland von 64 000 Anhängern frenetisch angetrieben wurde. Die Nigerianer hatten in den vorangegangenen sechs Jahren nie einen Match verloren und sind im Juniorenfussball eine Weltmacht. Trotzdem gelang den Schweizern ein 1:0-Sieg.

Die Bilanz der Schweizerinnen und Schweizer bei den Olympischen Winterspielen von Vancouver war sehr gut bis durchgezogen. Insgesamt wurden 9 Medaillen gewonnen, 12 bis 14 waren anvisiert worden. Goldene Auszeichnungen holten sich Simon Ammann (2), Didier Defago, Carlo Janka, Dario Cologna und Mike Schmid. Das war das beste Resultat von goldenen Auszeichnungen seit langer Zeit. Bronzene Auszeichnungen holten sich Silvan Zurbriggen, die Curler und als einzige Frau Olivia Nobs im Snowboardcross.

Am 24. April wurde der SC Bern Schweizer Meister im Eishockey. Das im siebten und letzten Spiel eines spannenden Play-offs gegen das

Team von Servette Genf. Im voll besetzten Eisstadion von Bern wird dieser Titel ausgiebig gefeiert.

Was sonst noch geschah

In der Nacht auf den 1. Juni stürzte ein Flugzeug der Air France auf dem Flug von Rio de Janeiro nach Paris im Atlantik ab. Alle 228 Personen an Bord kamen dabei ums Leben. Nach mehreren Tagen fand man die Absturzstelle. Es wurden lediglich 50 Leichen und einige Flugzeugteile geborgen. Die Piloten konnten keine Notmeldung senden, und trotz sehr umfangreichen Suchaktionen konnten die Flugschreiber nicht gefunden werden.

Am 26. Juni starb Michael Jackson. Geboren wurde er im August 1959. Den Durchbruch als Solokünstler schaffte er 1979. Das Album «Thriller» wurde weltweit zum grössten Hit und 72 Mio. Mal verkauft. Damit ist es der am meisten verkaufte Song aller Zeiten. Sein Leben war gezeichnet von grossen Erfolgen und ebenso grossen Tiefen. Sein persönliches Leben verlief sehr unbefriedigend, da er kaum beziehungsfähig war. Sein Tod erfolgte, kurz nachdem er in London im März ankündigte, zum letzten Mal im Juli bei zehn Konzerten aufzutreten, mit den doppeldeutigen Worten «This is it» (wörtlich «Das ist es»). Im August geben die Untersuchungsbehörden bekannt, dass sein Tod aufgrund der Verabreichung einer ganzen Serie von Beruhigungs- und Schmerzmitteln erfolgt ist. Sie werten dies als Tötungsfall.

Die vermehrt auftretende Jugendgewalt wird zu einem Gesellschaftsproblem. Im Juli ereignete sich ein besonders hässlicher Fall. Drei 16-jährige Schüler aus dem Kanton Zürich attackieren anlässlich einer Klassenreise in München mehrere Personen brutal. Ein Opfer wird fast zu Tode geprügelt. Laut den Aussagen der Jugendlichen hätten sie einfach «Leute abklatschen» wollen. Sie wurden wegen versuchten Mordes in Untersuchungshaft gesetzt.

Am 26. September wurde Roman Polanski, polnisch-französischer Filmregisseur, bei sei-

ner Einreise in die Schweiz auf dem Zürcher Flughafen verhaftet. Er befand sich auf dem Weg zum Zürcher Filmfestival. Die Verhaftung erfolgte aufgrund eines internationalen Haftbefehls der USA und basierte auf der Anklage von 1977 wegen des Missbrauchs eines damals 13-jährigen Mädchens. Er gab die Tat auch zu, entzog sich allerdings bisher durch Flucht einem ordentlichen Gerichtsverfahren. Aufgrund seiner Staatszugehörigkeit wurde er nicht ausgeliefert. Polanski war als Stargast zum Filmfestival eingeladen. Entsprechend empört reagieren vor allem Kunstschafter in der Schweiz und im Ausland, obwohl die Rechtslage eindeutig ist. Bevor die ordentliche Auslieferung stattfinden kann, wird er am 4. Dezember aus der Untersuchungshaft in den elektronisch überwachten Hausarrest in seinem Haus in Gstaad entlassen.

WETTBEWERB

Bibliotheken und Archive

Vielen unserer Leser sind die Buchstaben PTT noch ein Begriff für die rund 150 Jahre, während denen sie für Post, Telefonie und Telegrafie standen. Im Museum für Kommunikation in Bern bewahrt das PTT-Museum rund 4500 Laufmeter Originaldokumente aus der Zeit seit der Gründung der Eidgenössischen Post im Jahre 1849 bis zur Entstaatlichung der PTT-Betriebe und ihrer Aufteilung in die beiden Unternehmen *Die Post* und *Swisscom AG* Ende 1997. Einzelne Bestände reichen weiter zurück als 1849.

Siehe Wettbewerbsfragen auf Seite 98